



Nr. 5/2009

Butzbach, 23.10.2009

## ***Bund der Strafvollzugsbediensteten gegen Schließung der JVA Kassel III***

**Gewerkschaftstag am 23.10.2009 verabschiedet Resolution gegen  
Anstaltsschließung und wählt neue Landesvorsitzende**

Ganz massiv kritisierte der aus persönlichen Gründen aus dem Landesvorstand ausscheidende BSBD-Landesvorsitzende Uwe Röhrig aus Butzbach die durch die Landesregierung ins Auge gefasste Schließung der JVA Kassel III, der einzigen Untersuchungshaftanstalt im nordhessischen Raum. Einstimmig verabschiedeten die Delegierten des Gewerkschaftstags eine entsprechende Resolution. Es kann nicht sein, so Röhrig, dass Untersuchungsgefangene gemeinsam mit Strafgefangenen oder gar im Rhein-Main-Gebiet untergebracht werden. Das verursacht einen Tourismus, nicht nur der Gefangenen, sondern auch der betroffenen Familien, der Rechtsanwälte und eine deutliche Mehrbelastung für Vollzug und Polizei. All das, so Röhrig muss in einer Kosten-Nutzen-Analyse berücksichtigt werden. Seine Nachfolgerin, die neu gewählte Landesvorsitzende Birgit Kannegiesser, JVA Weiterstadt, nannte die bereits in der Presse zu findende Idee der Umwidmung der Kasseler Anstalt zu einem Kunsthause der Documenta 12 absurd. Einen dringend benötigten Vollzugsstandort aufzugeben, um einen Kunststandort zu eröffnen, führt aus Steuerzahlersicht, so Kannegiesser, zu keiner erkennbaren Ersparnis.

Scharf kritisierten die Teilnehmer des Vertretertages erneut die Aufgabe der Kostenevaluierung des ersten Teilprivatisierungsprojekts des deutschen Justizvollzugs. Durch die vorzeitige Vertragsverlängerung mit Serco wird Erfolg herbeigezaubert, wo keiner belegt werden kann. Die vor Inbetriebnahme der JVA Hünfeld bundesweit als Ergebnis der Teilprivatisierung durch die CDU-Landtagsfraktion propagierte Einsparung von jährlich 660 Ts. € wird jetzt von Staatsminister Jörg-Uwe Hahn (FDP) nur noch auf unbelegbare 180 Ts. € geschätzt. Die aus der Teilprivatisierung entstandene Mehrbelastung für die Vollzugsmitarbeiter ist nicht mehr vertretbar, so Landesvorsitzende Kannegiesser. Es kann nicht sein, dass ständig Aufgaben zurück in staatliche Hand gegeben werden, ohne dass die Personalausstattung verbessert wird.

Zur neuen Landesvorsitzenden des BSBD Hessen wurde Birgit Kannegiesser, Weiterstadt, neu in den Vorstand wurden Günter Kowalski, Darmstadt und Helmut Keil Schwalmstadt gewählt. Hermann Beinroth, Butzbach, Franz-Josef Pfeifer, Frankfurt, und Friedhelm Förster, Wiesbaden wurden in ihren Ämtern bestätigt. Der stellvertretende dbb-Landesvorsitzende Heinz-Dieter Hessler ergänzt den Vorstand als Ehrenvorsitzender. Uwe Röhrig, der vor 5 Jahre den Vorsitz des Bund der Strafvollzugsbediensteten Hessen vom jetzigen Ehrenvorsitzenden Heinz-Dieter Hessler, Wiesbaden, übernahm, wird ab 1.12.2009 Anstaltsleiter der JVA Frankfurt IV.

**Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) ist mit rund 25.000 Mitgliedern - Beamte/innen und Tarifbeschäftigte aus allen Laufbahnbereichen - die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im deutschen Justizvollzug. Der BSBD-Hessen vertritt die Interessen der 2.600 hessischen Strafvollzugsbediensteten des Landes.**

**Landesverband Hessen**  
Notisweg 59  
D-64342 Seeheim-Jugenheim

V.i.S.d.P.:  
Uwe Röhrig  
Birgit Kannegiesser

Telefon 0 60 33.89 34-00  
Telefax 0 60 33.89 34-01  
u.roehrig@bsbd-hessen.de  
www.bsbd-hessen.de

Telefon 0 6257.9440680  
Telefax 06257.9440684  
b.kannegiesser@bsbd-hessen.de  
www.bsbd-hessen.de

**pressediens**